

**Informationspflichten
für
Nutzer:innen der Leistungsangebote von Dele**

**auf der Grundlage der Art. 16 ff. DSGVO (Kirchengesetz über den
Datenschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland)**

(Stand: März 2024)

Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen Ihres Interesses an der offenen Beratung dieser Beratungsstelle kann es erforderlich sein, personenbezogene Daten über Ihre Person zu verarbeiten, z.B. wenn Sie sich im Rahmen unserer offenen Beratung Unterstützung in den Bereichen Existenz- und Wohnungssicherung oder bei der Kontaktaufnahme zu einer Behörde oder anderen Stellen wünschen. Für einen leichteren Überblick, haben wir für Sie die nachfolgenden Informationen zusammengestellt:

Zwecke, für die Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Im Rahmen unserer Beratung und Hilfestellung haben wir Vorgaben zu erfüllen. Wir müssen in der Regel jährlich auswerten und nachweisen, wie viele unterschiedliche Menschen unsere Angebote wahrgenommen haben. Außerdem möchten wir sie gut und fortlaufend beraten, auch wenn Sie öfter in die Sprechstunde kommen. Um dies zu ermöglichen, Ihnen aber gleichzeitig ein Höchstmaß an Anonymität gewährleisten zu können, dokumentieren wir Ihr ungefähres Alter, Ihr Geschlecht, Ihren Namen, den Grund der Vorsprache, Ihre Wohnsituation, den Zugangsweg, welche Mitarbeiterin Sie beraten hat und kurz zusammengefasst den Inhalt der Beratung.

Sollten wir im Rahmen der Beratung und Unterstützung Ihrer Anliegen weitere persönliche Daten zu Ihrer Person erfassen und/oder an Dritte übermitteln, geschieht dies nur in Absprache mit Ihnen und wenn es für die Erfüllung Ihres Unterstützungswunsches erforderlich ist.

Dabei spricht man von der „Verarbeitung“ Ihrer Daten. Dieser Begriff der „Verarbeitung“ bildet den Oberbegriff für all diese Tätigkeiten.

Die Verarbeitung Ihrer Daten ist aus Datenschutzgründen nur möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage dies vorschreibt bzw. erlaubt oder Sie als Interessent hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben.

Von wem erhalten wir Ihre Daten?

Ihre personenbezogenen Daten erheben wir grundsätzlich bei Ihnen selbst. Nehmen wir auf Ihren Wunsch Kontakt mit dritten Stellen (z.B. Behörden) auf, bekommen wir von diesen möglicherweise Daten über Sie. Kontaktaufnahme zu Dritten geschieht grundsätzlich nicht stellvertretend, sondern nur in Ihrer Anwesenheit bzw. nach genauer Absprache mit Ihnen.

Wer hat Zugriff auf Ihre Daten?

Eventuell beteiligte Verantwortliche sowie weitere Personen der Einrichtung mit einem berechtigten Interesse im Rahmen unseres Rollen- und Rechtenkonzeptes haben Zugriff auf Ihre Daten.

Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Dieses Fachpersonal unterliegt der Geheimhaltungspflicht. Der vertrauliche Umgang mit Ihren Daten wird gewährleistet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten

Die Grundlage dafür, dass wir Ihre Daten datenschutzrechtlich verarbeiten dürfen, ergibt sich hauptsächlich aus Art. 6 Abs. 5 DSGVO. Demnach ist die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich für die Anbahnung und mögliche dann folgende Durchführung einer Beratung. Mit der Beratung wird die Verarbeitungserlaubnis zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen aus Art. 6 Abs. 6 DSGVO erfüllt.

Für vorvertragliche Datenerhebungen (wie etwa Fragebögen) ergibt sich die Rechtsgrundlage der Verarbeitung ebenfalls aus Art. 6 Abs. 5 DSGVO.

Daneben sind Verarbeitungen auch in Fällen zulässig, in denen Sie uns Ihre Einwilligung erklärt haben (Art. 6 Abs. 2 DSGVO).

Mögliche Empfänger Ihrer Daten

Ihre Daten werden im Rahmen der Zweckbestimmung unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. etwaiger vorliegender Einwilligungserklärungen erhoben und ggf. an Dritte übermittelt.

Wir treten für Sie mit Behörden oder ähnlichen Einrichtungen in Kontakt, falls Sie dies wünschen. Dementsprechend übermitteln wir dort sämtliche Ihre Angelegenheit betreffende Informationen, welche die Behörde in Ihrer Angelegenheit bedarf.

Außerdem arbeiten wir mit Auftragsverarbeitern zusammen. Dies sind Dienstleister, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung Zugriff auf personenbezogene Daten unseres Unternehmens haben können oder sollen, wie beispielsweise IT-Dienstleister zur Unterstützung unserer hauseigenen IT. Den gesetzlichen Bestimmungen zur Auftragsverarbeitung folgend sind alle Dienstleister vertraglich verpflichtet, die Ihnen zugänglich gewordenen Daten vertraulich zu behandeln und alle gesetzlichen Maßnahmen zu erfüllen, die zur Umsetzung eines vertraulichen Datenschutzes notwendig und sinnvoll sind.

Eine Übersicht der aktuellen Dienstleister mit möglichem Zugriff auf Ihre Daten erhalten Sie auf Nachfrage. Bitte wenden Sie sich hierzu an unseren Träger Ambulante Hilfe Hamburg e.V. und den dort zuständige Ansprechpartner für Datenschutz: Marcus Harms, Beratungsstelle Altona, Jessenstr. 13, 22767 Hamburg, Email: datenschutz[at]wohnungslose.de.

Widerruf erteilter Einwilligungen

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung beruht, die Sie uns gegenüber erklärt haben, dann steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Diese Erklärung können Sie – schriftlich / per Mail / Fax – an uns richten. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie diesen aussprechen. Der Widerruf hat keine Rückwirkung. Die Verarbeitung Ihrer Daten bis zu diesem Zeitpunkt bleibt rechtmäßig.

Wahrnehmung berechtigter Interessen

Sofern der Betrieb zur Durchsetzung seiner Ansprüche gegen Sie gezwungen ist, anwaltliche oder gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, muss der Betrieb (zu Zwecken der Rechteverfolgung) die dafür notwendigen Daten zu Ihrer Person und Ihres Vertrags offenbaren.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten Ihre Daten nur solange, wie es zur Zweckerfüllung der Beratung oder geltender Rechtsvorschriften erforderlich ist.

Mit Beendigung der Beratung erlischt auch die Verarbeitungsbefugnis der Vertragserfüllung. Ihre Daten werden mit Beendigung des Verhältnisses gelöscht, soweit nicht z.B. Aufbewahrungsfristen (bspw. nach § 630f BGB), steuerliche Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 3 DSGVO, § 147 AO) oder Rechtsverteidigungsinteressen (Art. 6 Abs. 8 DSGVO) eine weitere Speicherung rechtfertigen.

Betroffenenrechte

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber dem Träger der Beratungsstelle geltend machen.

Sie ergeben sich aus der DSGVO:

Recht auf Auskunft, Art. 19 DSGVO

Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung, Art. 20 DSGVO

Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Löschung, Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind. Unberührt bleiben gesetzliche Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 22 DSGVO

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.

Recht auf Widerspruch gegen unzulässige Datenverarbeitung, Art. 25 DSGVO

Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 24 DSGVO

Sie haben das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch, eine Kopie der sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen

Unabhängig davon, dass es Ihnen auch freisteht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Dies ergibt sich aus Art. 46 DSGVO. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Kontaktadressen der Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

Der Beauftragte für den Datenschutz der EKD
Außenstelle Berlin
Invalidenstr. 29
10115 Berlin

Tel: 030 - 200 51 57-0
Fax: 030 - 200 51 57-20
ost@datenschutz.ekd.de
datenschutz.ekd.de

Ansprechpartner und Datenschutzbeauftragter des Betriebs

Haben Sie Fragen zu unseren Leistungen, so wenden Sie sich gerne vertrauensvoll an uns.

Kontaktadressen unserer Datenschutzbeauftragten:

Rechtsanwältin Sascha Lotzkat
Waitzstr. 8
22607 Hamburg

Tel: 040 325 98 94 0 / Fax 040 235 98 94 10
E-Mail: info@ra-slotzkat.eu

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.